

V-1

Titel	Progressiv in die Zukunft starten: Neue Wege in der Verkehrs-, Infrastruktur- und Digitalisierungspolitik gehen
Antragsteller*innen	Jusos Niederbayern
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag

Progressiv in die Zukunft starten: Neue Wege in der Verkehrs-, Infrastruktur- und Digitalisierungspolitik gehen

1 Die Politik der letzten Jahre versäumte, geprägt vom Dogma der schwarzen Null, zentrale Schritte in den Berei-
2 chen Verkehr, Infrastruktur und Digitalisierung. Entsprechend sind eine Vielzahl an Maßnahmen notwendig,
3 um zu einer zeitgemäßen Politik aufzuschließen. Nachfolgender Maßnahmenkatalog soll als Richtschnur für
4 künftige Verkehrs-, Infrastruktur- und Digitalisierungspolitik der BayernSPD dienen.

5

6 **Verkehr:**

7

- 8 • Studierenden-, Schüler*innen- und Auszubildendenticket

9

10 Im Laufe der Zeit und vor allem aufgrund der Zentralisation wird von Jugendlichen immer mehr Mobilität er-
11 wartet. Für viele ist es schlicht aus Kostengründen nicht möglich, die in den letzten Jahren enorm gestiegenen
12 Mieten in den Ballungsräumen zu bezahlen. Das tägliche Pendeln mit dem öffentlichen Nahverkehr zur Aus-
13 bildungsstätte von daher keine Seltenheit mehr. Ein zusätzliches Problem stellt mittlerweile der Weg zur Be-
14 rufsschule dar. Personen, die eine Ausbildung machen, bei der beispielsweise aufgrund der voranschreitenden
15 Digitalisierung immer weniger Plätze angeboten werden, müssen zudem einen deutlich weiteren und dadurch
16 auch kostenintensiveren Weg zur Schule ablegen. Die zum Teil immens hohen Ticketpreise müssen für ein ge-
17 samtes Jahr ausgelegt werden, bevor ein kleiner Teil der entstandenen Kosten rückerstattet wird. Das Haupt-
18 problem hierbei ist, dass auch nur lediglich ein Bruchteil zurückgezahlt wird. Vor allem Auszubildende, deren
19 Arbeit nur sehr gering vergütet wird, erfahren hier eine zusätzliche finanzielle Last und Einschränkung.

20 Nicht wirklich besser ist die Lage bei den Schüler*innen. Diese müssen nämlich ab der 11. Jahrgangsstufe die
21 Fahrtkosten zur Schule selbst tragen. Familien mit geringem Einkommen geraten daher oft in die Lage, dass
22 sie ihren Kindern nicht den Besuch der gewünschten schulischen Einrichtung ermöglichen können.

23 Bei Studierenden hingegen konnten in den letzten Jahren zumindest kleine Erfolge erzielt werden. An einigen
24 Universitäten gibt es Tickets nach dem Solidarmodell, die den Studierenden regional begrenztes Reisen zu
25 niedrigen Preise in Form eines Studierendentickets möglich machen.

26 Wir fordern daher die Einführung eines kostenlosen Landestickets für alle Auszubildenden, Schüler*innen, Stu-
27 dierenden sowie Teilnehmende an den Freiwilligendiensten (Bufdi, FSJ, FSJ Kultur, FÖJ, FSJ für Geflüchtete) im
28 Freistaat Bayern. Die Kosten hierfür übernimmt der Freistaat Bayern. Die Kommunen müssen im Gegenzug
29 einen funktionierenden öffentlichen Nahverkehr zur Verfügung stellen. Bei einem stark defizitären Nahver-
30 kehr kann das zuständige Amt selbstredend Unterstützung beim Freistaat Bayern beantragen. Die genauen
31 Regelungen, ab wann und inwieweit kommunale Träger*innen unterstützt werden müssen, sollten allerdings
32 zuständige Expert*innen festlegen.

33 Ein kostenloses Landesticket würde zum einen die Mobilität vor allem junger Menschen extrem steigern und
34 dadurch auch soziale Teilhabe erleichtern, insbesondere wenn lediglich ein geringes Haushaltseinkommen
35 vorliegt. Zum anderen würde zweifellos die Umwelt geschützt werden, da die Nutzung von Kraftfahrzeugen
36 zumindest in dieser Personengruppe rapide abnehmen würde. Durch das kostenlose Landesticket würde der
37 Nahverkehr häufiger genutzt werden und somit an Bedeutung gewinnen. Die höhere Auslastung würde in der
38 Konsequenz auch zu einer höheren Taktung führen.

39

40

41 • Taxi 50:50

42

43 Ein weiterer Punkt, der für jene Regionen, die eher strukturschwach sind, von Bedeutung ist, ist das Taxi 50/50.
44 Vor allem in der Nacht muss es jungen Menschen ermöglicht werden, sowohl kostengünstig, schnell als auch
45 sicher nach Hause zu gelangen. Wenn der öffentliche Nahverkehr, sofern denn überhaupt vorhanden, bereits
46 eingestellt ist, keine*r mehr in der Lage ist, sicher mit dem Auto zu fahren und auch sonst keine Möglichkeit
47 besteht privat abgeholt zu werden, stellt dies in ländlichen Regionen ein Problem dar. Abhilfe soll hier das
48 Taxi 50/50 schaffen. Alle Auszubildenden, Schüler*innen und Studierenden sollen online beim Landratsamt,
49 welches die zuständige Behörde für den Nahverkehr ist, einen kleinen Ausweis erhalten, dass sie Azubi, Schü-
50 ler*in beziehungsweise Student*in im jeweiligen Landkreis sind. Dieser kann bei einem Taxi vorgezeigt werden
51 und führt dazu, dass lediglich die Hälfte der entstandenen Kosten durch die Personen übernommen werden
52 muss. Der andere Teil wird durch das Landratsamt übernommen. Die Abwicklung zwischen Taxifahrer*in und
53 der Behörde soll möglichst unbürokratisch sein, sodass für Taxiunternehmen kein Nachteil entsteht, wenn sie
54 an diesem Programm teilnehmen. Das Ziel muss allerdings sein, dass in wenigen Jahren mithilfe der Funktio-
55 nen des neuen Personalausweises die Übermittlung sofort an das zuständige Amt erfolgt, dem somit auch
56 einfach nachgewiesen werden kann, dass das Taxiunternehmen eine Person transportiert hat, die Anspruch
57 darauf hat, dass die Hälfte der Kosten durch das Landratsamt übernommen werden. Einige Landkreise in
58 Bayern zeigen bereits, dass dies gut funktioniert und auch in Sachsen-Anhalt gibt es bereits seit vielen Jahren
59 ein ähnliches Programm, das seitdem problemlos funktioniert. Wir fordern, dass ein solches Programm in al-
60 len Landkreisen und kreisfreien Städten eingeführt wird und der Freistaat Bayern einen Großteil der Kosten
61 übernimmt. Die Missbrauchsprävention ist durch eine geeignete Regelung zu gewährleisten.

62

63 • Rufbus

64

65

66 Des Weiteren soll auch noch ein sogenannter Rufbus eingeführt werden. Dieser hat wie jeder andere Bus auch
67 reguläre Fahrpläne mit Abfahrtszeiten. Allerdings erscheint dieser nur bei Bedarf. Sollte man also mit dem Bus
68 fahren wollen, muss kurz vor Abfahrt die Fahrt angemeldet werden. Dies kann per Telefon oder App gesche-
69 hen. Der Rufbus bietet für ländliche Regionen, in denen der öffentliche Nahverkehr noch nicht von der breiten
70 Masse genutzt wird, Mobilität, steht allerdings trotzdem im Gedanken des Umweltschutzes, da lediglich bei Be-
71 darf gefahren wird. In den Urlaubsregionen Niederbayerns wird dieses Projekt bereits seit geraumer Zeit mit
72 großem Erfolg durchgeführt. Aufgrund der Tatsache, dass dadurch Leerfahrten vermieden werden, ist er auch
73 ökonomischer, was sich auf die Ticketpreise auswirkt. Das Landesticket für Auszubildende, Schüler*innen und
74 Studierende, welches wir auch fordern, ist selbstredend auch für die Rufbusse gültig, andere Personen zahlen
75 den üblichen Tarif des Nahverkehrs ohne Aufschlag. Wir fordern die Einführung dieses Projekts bayernweit.
76 Fahrpläne mit hoher Taktung setzen wir für einen reibungslosen Verlauf allerdings voraus.

77

78

79 • Bahnhofshuttle

80

81 Generell sollte es unser Ziel sein, umweltfreundlich zu denken und daher auch dementsprechend zu reisen.
82 Dieser Aspekt führt dazu, dass wir vorrangig die Bahn, sofern sie elektrisch betrieben wird, nutzen sollten. Dies
83 stellt vor allem für Jugendliche, die in Orten leben, die aufgrund der Größe an keinen Bahnhof angebunden
84 sind, ein Problem dar. Doch auch größere Städte, wie die niederbayerische Kreisstadt Kelheim, die mehr als
85 15.000 Einwohner zählt, ist nicht an einen Bahnhof angebunden. Daher fordern wir, dass ein Shuttle, der in
86 höherer Frequentierung als der übliche Nahverkehr fährt, die Nachbarorte oder Stadtteile zum Bahnhof fährt.
87 Die Nutzung ist durch das oben geforderte Landesticket für Auszubildende, Schüler*innen und Studierende
88 natürlich kostenlos. Personen, die nicht über ein solches Ticket verfügen, können durch das Vorzeigen des
89 Bahntickets den Shuttleservice trotzdem kostenlos in Anspruch nehmen. Ein solcher Shuttle sollte bayern-
90 weit überall eingeführt werden, es sei denn, es besteht ein funktionierender und öffentlicher Nahverkehr, der
91 alle Orts- und Stadtteile in regelmäßigen Abständen mit dem Bahnhof verbindet, wie es in Großstädten wie
92 beispielsweise München aber auch Nürnberg der Fall ist.

93

94

95 • Elektrifizierung

96

97 Zunehmende Rolle muss in den kommenden Jahren auch die Elektrifizierung spielen. In Bayern wurde in den
98 letzten 30 Jahren keine Bahnstrecke mehr elektrifiziert, außer dies sei durch einen Neubau für eine ICE-Strecke
99 notwendig gewesen. Auch aktuell wird nur am Streckenabschnitt München-Lindau gearbeitet, der bis 2020
100 elektrifiziert werden soll. Die Tatsache, dass circa 40% der Zugstrecken in Bayern mit Dieselloks befahrbar
101 sind, zeigt die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte und den akuten Nachholbedarf im Freistaat. Daher soll
102 schleunigst ein Programm auf den Tag gerufen werden, bei dem alle Bahnstrecken analysiert werden und der
103 Priorität nach alle Bahnstrecken nacheinander ausnahmslos elektrifiziert werden. Doch nicht nur den Bahn-
104 verkehr muss elektrifiziert werden, sondern auch der restliche öffentliche Nahverkehr. Bei Neuanschaffungen
105 der Kommunen bei Fahrzeugen für den öffentlichen Nahverkehr soll auch auf den Umweltaspekt geachtet
106 werden, so sollen künftig nur noch Elektrobusse erworben werden. Für die höheren Kosten soll der Freistaat
107 den Kommunen ein Sondermittelbudget zur Verfügung stellen.

108

109

110 • Arzttaxis

111

112 Nicht nur der Weg zum Feiern stellt für die Menschen in ländlichen Regionen vor große Probleme, sondern
113 auch der Weg zum Hausarzt. Zum einen liegt es daran, dass aufgrund der niedrigen Anzahl der Personen pro
114 km² (in Niederbayern spricht man von 118 Personen pro km², in Oberbayern sind es immerhin doppelt so
115 viele) Ärzte weiter entfernt sind, zum anderen aber auch einfach daran, dass sich der öffentliche Nahverkehr
116 in einem schlicht desolaten Zustand befindet. Personen ohne Führerschein und ohne Auto, was vor allem
117 Rentner*innen und Jugendliche betrifft, wird ein Besuch beim Hausarzt daher nahezu unmöglich gemacht.
118 Doch auch für Personen, die ansonsten mobil sind, können Probleme auftauchen, wenn sie wegen Übelkeit,
119 Migräne etc. den Arzt aufsuchen müssen, allerdings das Auto nicht mehr fachgerecht bedienen können. In
120 ländlichen Regionen soll es daher ein sogenanntes Arzttaxi geben. Dieses unterscheidet sich von normalen
121 Taxis darin, dass die Fahrer*innen regelmäßig einen Ersten Hilfe Kurs belegen müssen und somit kurzfristig
122 bei Notfallsituationen helfen können. Eine Alternative zu Krankenwagen soll dieses Arzttaxi aber in keinem
123 Fall darstellen. Das Arzttaxi fährt Personen bei Bedarf zum Arzt, aber auch Krebspatient*innen, Dialysepati-
124 enten*innen etc. regelmäßig in das Krankenhaus. Die Kosten hierfür soll zum einen Teil der Freistaat Bayern
125 tragen, der andere Teil sollte allerdings durch die Kranken- beziehungsweise Gesundheitskassen selbst über-
126 nommen werden.

127

128

129 Dass eine höhere Frequenz beziehungsweise eine engere Taktung der Fahrpläne sowie eine Abstimmung
130 der verschiedenen Verkehrsgesellschaften, auch landkreisübergreifend, unerlässlich ist, versteht sich von
131 selbst.

132 Dies alles kann nur der Anfang einer Revolution immer Bereich des öffentlichen Nahverkehrs werden. Unsere
133 Vision und unser Ansporn muss es sein, einen öffentlichen Nahverkehr zu entwickeln, der für alle kostenlose
134 zugänglich ist. Finanziert werden sollte dies aus Steuern, die von der gesamten Bevölkerung sozial gestaffelt
135 gezahlt werden.

136

137

138 Zusammenfassend fordern wir:

139 – kostenloses bayernweites Ticket für Schüler*innen, Auszubildende und Studierende

140 – Taxi 50/50

141 – Rufbus

142 – Bahnhofshuttle

143 – Elektrifizierung des gesamten öffentlichen Nahverkehrs

144 – Arzttaxis

145 – Höhere Taktung und Frequenz, sodass der öffentliche Nahverkehr auch attraktiv ist

146 – Bessere Abstimmung der verschiedenen Verkehrsgesellschaften

147 –

148 **Infrastruktur:**

149

150 • Ausbau Bundesstraßen und Autobahnen

151

152 Ein anstehender Punkt für die nächsten Jahre wird der Ausbau von bayerischen Bundesstraßen und Auto-
153 bahnen sein. Diese dienen häufig auch als Entlastung der örtlichen Landstraßen und sorgen für eine gute
154 Verbindung zwischen den Städten. Viele der Straßen sind allerdings stark sanierungsbedürftig oder schlicht-
155 weg überlastet. Daher müssen die Mittel im bayerischen Staatshaushalt für den Ausbau dieser Straßen massiv
156 erhöht werden. Diese Gelder sind jedoch ausschließlich für die Sanierung sanierungsbedürftiger Straßen vor-
157 gesehen. Gerade im ländlichen Raum sorgen zahlreiche Schlaglöcher, halbherzig geflickte Straßen für eine
158 fehlerhafte Infrastruktur, welche gerade den ländlichen Raum für Investitionen unattraktiv machen und den
159 Verkehr sämtlicher Fahrzeuge aller Antriebsarten erschweren. Gegen den Neubau von Straßen stellen wir uns
160 aufgrund des Umweltaspekts allerdings klar, sofern dieser nicht vermeidbar ist, weil er für eine Anbindung an
161 wichtige Knotenpunkte dringend notwendig ist. Außerdem sollen diese Straßen nicht sogenannten Gialinern,
162 welche wir klar ablehnen, zur Verfügung stehen. Diese widersprechen unserem Grundsatz, dass Güterverkehr
163 auf der Schiene und nicht auf der Straße seinen Platz hat. Nicht zuletzt auch hier aufgrund des Umweltas-
164pekts.

165

166 • Dezentrale Energieversorgung

167

168 Der Freistaat Bayern ist dezentral organisiert und muss sich aus diesem Grund auch in den kommenden Jahren
169 mit der Energieversorgung darauf einstellen. Die Möglichkeit, die Energieversorgung dezentral zu gestalten,
170 sollte als Chance gesehen werden. Nahe beieinanderliegende Kommunen sollten sich daher zusammenschlie-
171 ßen, um selbst Energie zu erzeugen und sich damit auch selbst zu versorgen. Selbstverständlich soll dabei auf

172 umweltfreundliche Methoden gesetzt werden, wie auf Wasser, und Biomassekraftwerke sowie Wind,-
173 nenenergie. Nicht zuletzt auch hier aufgrund des Umweltaspekts. Die dadurch erzeugte Energie soll vor Ort
174 kurzfristig in großen Batterien oder bei großen Mengen in Pumpspeicherkraftwerken gespeichert werden.
175 Durch die wohnortnahe Versorgung wäre der Bau von Stromtrassen nicht mehr notwendig und auch der En-
176 ergieverlust bei Transformatoren, die für den Transport bei weiten Strecken notwendig sind, wäre nicht mehr
177 vorhanden. In der Konsequenz würden sich die Transportkosten enorm verringern und auch die Natur würde
178 geschützt werden. Natürlich steigen die Kosten für die Stromspeicherung an, allerdings würden die Verbrau-
179 cher*innen insgesamt von einer dezentralen Energieversorgung profitieren, da die Preise durch die deutlich
180 geringeren Transportkosten sinken würden. Wir fordern daher, dass der Freistaat Bayern und die Kommunen
181 schnellstmöglich ein Konzept vorlegen, sodass bis zum Jahr 2030 eine dezentrale Energieversorgung in Bayern
182 stattfindet. Dieses Projekt sollte vom Freistaat Bayern finanziell gefördert werden. Eine Investition von Privat-
183 unternehmen oder eine Übernahme der Energieversorgung durch Konzerne kommt für uns nicht in Frage, da
184 diese staatlich organisiert und finanziert werden sollte.

185

186 • Öffentliche Daseinsvorsorge

187

188 Ein wichtiger Punkt ist die öffentliche Daseinsvorsorge in Bayern. Seit der Wiedervereinigung hat sich die An-
189 zahl der aufgestellten Krankenhausbetten um ziemlich genau 15% verringert, die Anzahl der Patient*innen
190 hingegen um 170.000 vergrößert. Dies macht sich vor allem in der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer be-
191 merkbar, die von rund zwölf auf sieben Tage gesunken ist. Die Berechnungstage der Krankenkasse sind hier-
192 bei nicht das Problem. Entgegen der Erwartung hat sich zuerst die Anzahl der Verweildauer im Krankenhaus
193 verringert, die Berechnungstage sind lediglich nachgezogen. Der defizitäre Haushalt vieler Krankenhäuser wur-
194 de versucht damit zu deckeln, dass die Verweildauer reduziert wird. Dieser Plan ging allerdings nicht auf, da
195 die Berechnungstage ebenso gesunken sind und somit auf Dauer kein wirtschaftlicher Vorteil entstanden ist.
196 Nichtsdestotrotz haben allerdings die Krankassen ein Verschulden daran, da bereits im Voraus die Zahlung
197 für Untersuchungen oder Ähnliches auf ein Minimum reduziert wurde. Generell sollte die Frage gestellt wer-
198 den, ob ein Krankenhaus für die Kommunen ein ökonomischer Gewinn sein sollte oder die Daseinsvorsorge
199 der Bürger*innen sichern sollte. Für uns jedenfalls ist klar, dass die Gesundheit der Patient*innen sowie eine
200 wohnortnahe Versorgung über dem ökonomischen Erfolg eines Krankenhauses steht. Um auf Dauer dieses
201 Defizit ausgleichen zu können, braucht es eine finanzielle Unterstützung des Freistaats. Wichtig ist auch, dass
202 für die Zukunft Investitionen getätigt werden, um die Krankenhäuser erhalten zu können. Dabei müssen vor
203 allem auch die Versäumnisse der Digitalisierung, die sich auch auf Krankenhäuser auswirkt, zügig nachge-
204 holt werden. Ein weiterer Punkt, der die Krankenhäuser attraktiver macht ist eine Spezialisierung auf einen
205 bestimmten oder verschiedene Fachbereiche. Dies soll in Absprache mit naheliegenden Krankenhäusern er-
206 folgen. Außerdem ist uns bewusst, dass kommunale Krankenhäuser im Gegensatz zu privaten auch wichtige
207 Dinge übernehmen, die allerdings finanziell „schlecht“ sind, so zum Beispiel die Hilfestellung bei Problemlagen
208 wie zum Beispiel erste Hilfe für vergewaltigte Frauen und nötige Feststellungsverfahren in Vergewaltigungs-
209 fällen. Da diese Punkte für uns von großer Bedeutung sind, setzen wir uns für den Erhalt kommunaler Kran-
210 kenhäuser ein und stellen uns vehement gegen die zunehmende Privatisierung im Gesundheitssektor.

211 Zu dem Punkt der öffentlichen Daseinsvorsorge zählt für uns auch der Ausbau von Kitas und Kindergärten. Vor
212 allem in diesem Bereich ist der Freistaat extrem rückständig. Statt weiterhin ein Betreuungsgeld auszahlten,
213 das veraltete Geschlechterstereotypen bedient, sollte Bayern den Bau von Kitas und Kindergärten fördern. Die
214 Kosten für die Kita und den Kindergarten sind derzeit viel zu hoch und stellen für viele eine große finanzielle
215 Belastung dar. Wir fordern daher eine Gebührensenkung sowie eine Bezahlung, die sozial gestaffelt nach dem
216 Einkommen der Familie erfolgt. Wollen Familien ihr Einkommen nicht offenlegen, müssen sie den höchsten
217 Beitragssatz zahlen. Geringverdiener*innen hingegen werden völlig von den Kosten befreit. Auf Dauer sollten
218 wir allerdings den Anspruch haben, auch Kita und Kindergarten komplett kostenlos zu gestalten.

219 Doch auch die Schulen stellen vor allem in ländlichen Regionen ein Problem dar. So müssen Schüler*innen
220 täglich mehrere Stunden nur damit verbringen, mit dem Bus an die Schule zu gelangen. Insbesondere bei
221 weiterführenden Schulen, insbesondere Gymnasien nimmt dies extreme Ausmaße an. Um den Schüler*in-
222 nen schulische Möglichkeiten vor Ort gewähren zu können, müssen auch kleinere und somit auf Dauer kos-
223 tenintensivere Schulen gebaut werden. Durch unserer Forderung nach einer Gesamtschule würde sich das

224 Problem durch höhere Schüler*innenzahlen vor Ort allerdings sowieso automatisch weitestgehend eindäm-
225 men.

226

227 • Dezentralisation von Hochschulbildung

228

229 Der Trend geht zur Zentralisation, was eine Abwanderung aus ländlichen Regionen bedeutet. Dies stellt dezentral organisierte Flächenländer wie Bayern vor große Herausforderungen. Ein Grund, wieso viele Menschen in
230 die Städte ziehen ist der, dass sie dort einen Arbeits- oder Studienplatz gefunden haben. Nach Beendigung der
231 Ausbildung, des Studiums oder Ähnlichem ziehen sie meist nicht mehr auf das Land zurück, zumal in Städten
232 meist eine wohnortnahe Versorgung zur Verfügung steht. Diesem Trend kann allerdings entgegengesetzt wer-
233 den, indem Universitäten oder Fachhochschulen ihre Standorte für bestimmten Fachbereichen auslagern und
234 in ländlichen Regionen ansiedeln. Viele junge Menschen würden für das Studium in diese Orte ziehen und
235 eventuell diesen sogar als Wohnsitz beibehalten. Ein deutlicher Zuzug würde also bemerkbar werden. Dies
236 würde zwangsläufig die Versorgung in ländlichen Regionen (öffentlicher Nahverkehr, Ärzte etc.) stärken, dem
237 Demographiegefälle zwischen Stadt und Land entgegenwirken sowie auch zu einer Entspannung der Miet-
238 preise in den Ballungsräumen führen, da Wohnungen in diesen eben nicht mehr so stark gefragt wären. Wir
239 fordern den Freistaat Bayern daher auf, Fachhochschulen und einzelne Teilbereiche als sogenannte Innovati-
240 onszentren dauerhaft in ländlichen Regionen anzusiedeln. Dabei muss zur Gewährleistung der Studierbarkeit
241 gesichert werden, dass das Studium kein Pendeln zwischen zwei Standorten erforderlich macht, außer dies
242 geht mit expliziten Vorteilen für das Studium einher.

244

245 Zusammenfassend fordern wir im Bereich der Infrastruktur:

246

- 247 • konsequenten Ausbau von Bundesstraßen und Autobahnen in Bayern
- 248 • Verbot von Gigalinern auf bayerischen Straßen
- 249 • Förderung von dezentraler Energieversorgung
- 250 • Ausbau von dezentraler Energieversorgung bis 2030
- 251 • Energieversorgung in staatlicher Hand
- 252 • Erhalt kommunaler Krankenhäuser
- 253 • Ausbau von Kindertagesstätten und Kindergärten sowie deren Preissenkung
- 254 • Schulen vor Ort schaffen
- 255 • Innovationszentren in ländlichen Regionen

256

257

258 **Digitalisierung:**

259

260 Bayern steht, insbesondere als dezentraler Flächenstaat, vor großen Aufgaben im Zeitalter der Digitalisierung.
261 Dabei sind die Herausforderungen, vor die ländliche Kreise und urbane Zentren gestellt werden, in vielen
262 Punkten unterschiedlich und bedürfen daher auch verschiedener Lösungskonzepte. Gleichzeitig hat die Di-
263 gitalisierung auch das Potential, Stadt und Land wieder näher zusammen zu rücken, und die Divergenz der
264 letzten beiden Jahrzehnte zumindest in Teilen zu vermindern. Die Forderungen aus dem Bereich Digitalisie-
265 rung sind in folgenden Punkten kurz zusammengefasst.

- 266 • In strukturschwachen Regionen stellt die Versorgung mit zeitgemäßen Netzen bislang die größte Pro-
267 blematik dar. Zwar befinden sich mittlerweile nahezu alle Kommunen jedenfalls in einem Breitband-
268 förderprogramm, dennoch werden davon nicht alle Teilgebiete der Kommunen erfasst. Aufgabe der
269 Landesregierung ist es daher, sicherzustellen, dass jeder Haushalt in den kommenden beiden Jahren
270 den Zugang zu schnellem Internet erhält. Gleichzeitig müssen Mobilfunknetze ausgebaut und aufge-
271 wertet, sowie Versorgungslücken geschlossen werden.
- 272 • Städte müssen Innovationszentren für das datenintensive Gewerbe schaffen und damit die Infrastruk-
273 tur zur Ansiedlung von datenintensiven Unternehmen bereitstellen. Durch Technologiecluster, welche
274 im Idealfall mit den lokalen Hochschulen kooperieren, können Perspektiven für junge Arbeitnehmer*in-
275 nen innerhalb, aber auch außerhalb der beiden Zentren München und Nürnberg geschaffen werden.
276 Bezahlbare Büroflächen für Start-ups komplettieren ein Innovationsumfeld, welches einerseits einer
277 aufstrebenden Branche die Chance gibt, in Bayern Fuß zu fassen, und andererseits den Markt auch für
278 Personen ohne entsprechendes Kapital öffnet.
- 279 • Der Privatisierung der Netze, insbesondere im Bereich des Breitbandausbaus, muss entschieden ent-
280 gegengewirkt werden. Gegenwärtig bauen Breitbandanbieter lokale, natürliche Monopole durch das
281 Anschließen von Kommunen an das Breitbandnetz aus. Die Konsequenz aus der Marktmacht lokaler
282 Monopole ist das Setzen von horrenden Preisen für die Anbindung an das Hochgeschwindigkeitsnetz
283 bei gleichzeitig hoher Störanfälligkeit und schlechtem Kundenservice. Da private Konzerne ausnahms-
284 los bei positiver Renditeerwartung Kommunen an das Netz anschließen, trägt der öffentliche Haushalt
285 schlussendlich die Kosten des Anschlusses von kleineren Dörfern und Weilern. Das Überlassen der
286 Filetstücke an private Konzerne bei gleichzeitiger Übernahme des Anschlusses für unrentable Dörfer
287 und Weiler führt nicht nur zu monopolistischer Preissetzung, sondern ist auch aus wirtschaftlichen Ge-
288 sichtspunkten für den Staat nicht nachvollziehbar.
- 289 • Das bayerische Schul- und Universitätssystem muss auf die Digitalisierung angepasst werden. Damit
290 einher geht die Schaffung eines umfassenden Angebots an digitalen Medien in Schulen, das Arbeiten
291 mit Computern und Tablets, der Vermittlung relevanter Kenntnisse aus den Bereichen Programmie-
292 rung, Datenschutz und Datenverarbeitung sowie einer Einbindung von Smartphones in den Unterricht
293 anstelle eines strikten Verbots. Universitäten muss Zugang zu aktuellen Rechenzentren gewährt wer-
294 den. Auch sollen Hochleistungsrechner aufgestockt und mit breiteren Zugangsmöglichkeiten versehen
295 werden.
- 296
- 297
- 298
- 299
- 300 Gerade in ländlich geprägten Gebieten, an denen es Bayern nicht mangelt, ist vom Zeitalter der Digitalisierung
301 bisher nicht viel zu spüren. Zwar vermeldet die Landesregierung, dass immerhin 97% aller Kommunen zum
302 Jahreswechsel im Förderverfahren zum schnellen Netzausbau seien, jedoch ist hierfür nicht der Komplettaus-
303 bau einer Kommune notwendig. Stattdessen genügt es, netzausbauend in einem Teilgebiet einer Kommune
304 tätig zu sein. Würde man stattdessen die Gesamtheit der Haushalte in Bayern betrachten, so wäre der Anteil,
305 welcher sich in naher Zukunft an einem schnellen Internet erfreuen könnte, ein deutlich geringerer. Gerade
306 aus dieser Strategie des Freistaats, Anreize für den Breitbandausbau für private Unternehmen zu schaffen, er-
307 wächst ein Problem ähnlich dem großer Privatisierungsprojekte öffentlicher Infrastruktur: Durch die Schaffung
308 natürlicher Monopole, in diesem Fall privater Breitbandnetze für Kommunen oder Teilstücke davon, erlangt
309 das Privatunternehmen die Preissetzungshoheit und kann den Haushalten Wucherpreise für das Anschließen
310 an zeitgemäßes Internet abverlangen. Durch die steigende Datenintensität von Websites werden Haushalte
311 zum Zahlen dieser Prämien nahezu gezwungen, sofern sie weiterhin zumutbar im Internet unterwegs sein
312 wollen. Entsprechend schafft der Freistaat mit seiner Netzpolitik Raum für die schonungslose Ausbeutung
313 privater Haushalte durch private Netzanbieter. Gleichzeitig werden sich die Ausbaumaßnahmen der privaten
314 Unternehmen ausnahmslos auf jene Gebiete beschränken, in denen sie eine positive Rendite erwarten. Kleine-
315 re Dörfer, Weiler und Einöden erhalten entsprechend keinen Zugang zum Breitbandnetz und müssen durch
316 öffentliche Gelder, falls überhaupt, angeschlossen werden. In der Konsequenz privatisiert der Freistaat mit

317 seiner Ausbaustrategie Gewinne aus dem Betrieb der Breitbandnetze und bürdet sich selbst die Verluste aus
318 dem Anschluss von Einöden, Weilern und kleinen Dörfern auf.

319 Die Umstellung auf IP-Telefonie in der nahen Zukunft tut ihr Übriges: Durch Wegfall konventioneller Telefo-
320 nie wird denjenigen, die bis dahin keinen Zugang zu schnellem Internet haben, die Möglichkeit der Telefonie
321 via Festnetz geraubt. Da allerdings der Telefonanschluss von der Grundversorgung abgedeckt ist, muss die
322 Umstellung auf IP-Telefonie entweder weiter hinausgezögert werden, oder man erklärt den Zugang zu Daten-
323 netzen mit Übertragungsraten größer 6000 Kbps, welche für das reibungslose Stattfinden von IP-Telefonie not-
324 wendig sind, zur Grundversorgung. Dies würde ein Tätigwerden der Telekom hinsichtlich des Netzanschlusses
325 von Einöden, Weilern und Dörfern nach sich ziehen und ginge mit Kosten einher, die durch die entgangenen
326 Gewinne aus dem staatlichen Netzausbau hätten gegenfinanziert werden können. Um diesen Entwicklungen
327 Einhalt zu gebieten, bedarf es strikten Regeln für private Netzanbieter in Bayern: So muss ein an die Netz-
328 geschwindigkeit gekoppelter Preiskatalog für die Versorgung mit Internet ausgearbeitet und für verbindlich
329 erklärt werden. Zudem sind die Kosten für den Anschluss ländlicher Gebiete auf die Profiteure umzulegen:
330 Durch gezielte Abgaben von Netzanbieter*innen werden Kosten des Netzausbaus gerechter verteilt. Schluss-
331 endlich ist der Breitbandanschluss zur Grundversorgung zu erklären. In der Konsequenz sind alle Haushalte an
332 das Breitbandnetz anzuschließen. Um natürliche Monopole zu verhindern, sind die privaten Netze in staatliche
333 Hand rückzuführen.

334 Neben dem Breitbandausbau kommt dem Ausbau des Mobilfunknetzes in Bayern eine große Bedeutung zu.
335 In einer Zeit, in der mittels Notrufknöpfen Menschenleben über das Mobilfunknetz abgesichert werden, sind
336 nicht vom Netz abgedeckte Bereiche nicht zu verantworten. Folglich muss eine umfassende Versorgung mit
337 Mobilfunknetz sichergestellt werden. Zudem müssen alte 1G und 2G Netze dringend modernisiert werden.
338 Ein baldiger Ausbau der Metropolregionen mit 5G-Netz ist zudem anzustreben.

339

340 In Städten ergeben sich aus der Digitalisierung eine Vielzahl an Chancen. Mittels Innovationszentren, welche
341 Platz für die Ansiedlung von datenintensivem Gewerbe sowie die dafür notwendige Infrastruktur, insbesonde-
342 re schnelle Netzanbindung, Rechenzentren sowie Hochschulanschluss, bereitstellen, können IT-Cluster ange-
343 siedelt werden, welche zur Diversifikation der städtischen Gewerbe beitragen und damit die lokale Wirtschaft
344 krisenrobuster machen. Ferner locken Innovationszentren nicht nur junge Start-Ups und expandierende IT-
345 Unternehmen, sondern bieten Zukunftsperspektiven für Arbeitnehmer*innen. Gerade in Städten jenseits der
346 Metropolen, wo derartige Zentren noch nicht präsent sind, bieten Innovationszentren großes Potential, quali-
347 fizierte Fachkräfte und eine neue Branche in die Region zu holen und damit die Existenz der Region nachhaltig
348 zu garantieren.

349

350 Auch im Bereich Bildung und Ausbildung muss Bayern im 21. Jahrhundert ankommen: Der technologische
351 Fortschritt bietet mittlerweile, dank Tablets, Cloudspeicher und portablen Notebooks, die Möglichkeit, gänz-
352 lich ohne Schulbücher auszukommen. Dies reduziert nicht nur das Gewicht des Schulrucksacks deutlich, sondern
353 führt auch zur Schulung im Umgang mit mobilen Endgeräten. Gleichzeitig ergeben sich aus der Ausstattung
354 mit Notebooks und Tablets neue Möglichkeiten für den Unterricht: Recherchen können in Gruppenarbeiten
355 unter Zuhilfenahme des Internets passieren, Hausaufgaben können digital eingereicht und korrigiert werden
356 und per Mail abgegebene Aufsätze reduzieren den Papierbedarf und schonen damit die Umwelt. Gleichzeitig
357 können durch Anpassung des Lehrplans Kompetenzen wie Programmieren, Datenverarbeitung sowie Daten-
358 schutz und Verschlüsselung vermittelt werden. Um dies zu gewährleisten, müssen Schulen mit WLAN ausge-
359 stattet werden. Zudem sind den Schüler*innen Notebooks sowie ggf. Tablets zur Verfügung zu stellen. Dass
360 das veraltete Smartphone-Verbot im Unterricht aufgehoben wird, um die Endgeräte mit in den Unterricht ein-
361 zubeziehen, versteht sich von selbst.

362 An Universitäten muss veraltete Hardware, die Teilweise noch aus dem Computerinfrastrukturprogramm (CIP)
363 unter Helmut Kohl stammt, endlich ersetzt werden. WLAN-Netze müssen mit ausreichend Datenkapazität aus-
364 gestattet werden. Da der Bedarf an Rechenleistung für die Forschung stetig ansteigt, sind zusätzliche Rechen-
365 kapazitäten anzuschaffen. Insbesondere ist den Studierenden zur Anfertigung ihrer Master- und Bachelorar-
366 beit Zugriff auf die Computerinfrastruktur, insbesondere auch auf Großrechner und Server, zu gewähren, um
367 rechenintensive Simulationen durchführen zu können.

368

369